



TREUHAND & REVISION GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

B E R I C H T

über die Prüfung des

**Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2023**

des

Eigenbetrieb Breitband Eichenzell

Eichenzell

Elektronische Kopie

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
ANLAGENVERZEICHNIS	3
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	4
A. PRÜFUNGSaufTRAG	5
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	7
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	7
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	10
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	14
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	14
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen.....	14
2. Jahresabschluss	16
3. Lagebericht.....	17
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....	18
1. Wesentliche Bewertungsgrundlagen.....	18
E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGES	20
I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	20
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES UND SCHLUSSBEMERKUNG	21

ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2023
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023
Anlage 3	Anhang für das Geschäftsjahr 2023
Anlage 4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
Anlage 5	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
Anlage 6	Rechtliche Verhältnisse
Anlage 7	Wirtschaftliche Verhältnisse
Anlage 8	Steuerliche Verhältnisse
Anlage 9	Analyse des Jahresabschlusses
Anlage 10	Fragebogen nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)
Anlage 11	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EBE	Eigenbetrieb Breitband Eichenzell
HessEigBGes	Hessisches Eigenbetriebsgesetz
HFA	Hauptfachausschuss IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS 450	IDW Prüfungsstandard: „Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“
IKS	Internes Kontrollsystem
PS	Prüfungsstandard des IDW
TEUR	Tausend Euro

A. PRÜFUNGS-AUFTRAG

Dieser Prüfungsbericht richtet sich an den

Eigenbetrieb Breitband Eichenzell

Eichenzell

(nachfolgend kurz als „Eigenbetrieb“ oder „EBE“ bezeichnet).

Von dessen Betriebsleitung erhielten wir, gemäß § 27 Abs. 2 Hessisches Eigenbetriebsgesetz (HessEigBGes), den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 des Eigenbetriebes nach berufstüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem schriftlich erteilten Prüfungsauftrag vom 4. Januar 2023 lag der Beschluss der Gemeindevertretung der Gemeinde Eichenzell vom 14. Dezember 2017 zugrunde, mit dem wir zum Abschlussprüfer gewählt wurden (§ 318 Abs. 1 Satz 1 Handelsgesetzbuch (HGB) i. V. m. § 27 HessEigBGes). Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 5. Januar 2023 angenommen.

Wir bestätigen, gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs.1 Nr.1 und 2 HGrG zu beachten. Wir verweisen diesbezüglich auf unsere Ausführungen in Abschnitt E.

Dieser Prüfungsbericht wurde zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber dem Eigenbetrieb und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen. Der Prüfungsbericht wurde nach „Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F. - 10.2021)“ erstellt.

Der Bericht enthält in Abschnitt B vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C und D im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3), sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir tabellarisch dargestellt (Anlage 6 bis Anlage 8). Eine Analyse des Jahresabschlusses haben wir dem Prüfungsbericht als Anlage 9 beigelegt.

Dem Auftrag liegen die diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften", Stand 1. Januar 2024, zugrunde. Diese Auftragsbedingungen gelten, soweit dies nach ihren Inhalten in Frage kommen kann, auch im Verhältnis zu Dritten.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Die Betriebsleitung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlage 1 bis Anlage 3), insbesondere im Anhang, die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes beurteilt.

Zur Darstellung der Lage des Eigenbetriebes in Jahresabschluss und Lagebericht stellen wir gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB vorweg fest, dass die Aussagen konsistent und nachvollziehbar sind. Die Betriebsleitung gibt auch im Lagebericht, soweit verpflichtend, eine fundierte Beurteilung der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebes ab. Die Chancen und Risiken für den Fortbestand des Eigenbetriebes werden dargestellt, gewichtet und Sicherungsmaßnahmen beschrieben.

Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben.

Positive Entwicklungen laut Lagebericht:

- Das Jahr 2023 war geprägt durch Ausbautätigkeiten in den Baugebieten. Der Hauptfokus liegt weiterhin in der Ergänzung des Netzes und der weiteren Verdichtung und Akquirierung von neuen Anschlüssen bzw. der Reaktivierung brachliegender Anschlüsse bei potenziellen Kunden. Die Einnahmesituation konnte weiter verbessert werden und stabilisiert sich mit der Tendenz zum Wachstum
- Für das Geschäftsjahr 2023 können Jahrespachteinnahmen in Höhe von 594.000,00 € generiert werden. Aufgrund der gestiegenen Pachteinahmen konnte zum vierten Mal in Folge ein Überschuss erwirtschaftet werden. Dieser betrug für das Jahr 2023 113.800,40 €.
- Die im Netz vorhandenen Leistungsreserven und Möglichkeiten werden positiv bewertet. Neue Angebote des Netzanbieters wie Smartmetering und weitere Mehrwertdienste können über die zu erzielenden 60 % der angeschlossenen Haushalte hinausführen und damit weitere Einnahmen für den Eigenbetrieb sichern.
- Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 wird davon ausgegangen, dass den geplanten Aufwendungen in Höhe von 496.321 € Erträge in Höhe von 613.400 € gegenüberste-

hen, weshalb mit einem Jahresgewinn in Höhe von 117.079 € gerechnet wird. Für das Jahr 2024 sind zudem Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 232.000 € vorgesehen.

Die Hervorhebungen des Lageberichtes werden in der Analyse des Jahresabschlusses in Anlage 9 des Prüfungsberichtes dargelegt.

Der Lagebericht ist klar und verständlich abgefasst. Er vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Lage vom Eigenbetrieb sowie von dessen wesentlichen Chancen und Risiken.

Die im Lagebericht durch die Betriebsleitung vorgenommenen Beurteilungen und Darstellungen halten wir für vertretbar. Wir weisen insbesondere auf die folgenden erheblichen Chancen/Risiken hin:

- Das Risiko durch die Regulierungsaktivitäten der Bundesnetzagentur wird weiterhin als gering eingeschätzt, da der vorgesehene Pachtpreis des Eigenbetriebes nach Einschätzung der Betriebsleitung am unteren Ende des Marktes angesiedelt ist und die Bundesnetzagentur in die Projektgenehmigung involviert war.
- Durch den qualitativ hochwertigen Ausbau des Netzes besteht die Chance, das Netz zukünftig ohne größere Investitionen über die Abschreibungsdauer hinweg wirtschaftlich nutzen zu können.
- Eine Hauptchance wird zurzeit im OpenAccess gesehen. Dieser wird der Schlüssel für eine langfristige und hohe Auslastung des Netzes sein. Darüber hinaus sind die ersten Projekte im Rahmen der „Smart city made in germany“ gestartet. Die wachsende Bedeutung der Digitalisierung und der steigende Bedarf an Bandbreite könne durch das vorhandene starke Netz auf Jahre bedient werden.
- Das Projekt „Smart cities made in germany“ mit einem Projektvolumen in Höhe von TEUR 16.000 wird sich ebenfalls positiv entwickeln, da die dort einzuführenden technologischen Standards ohne Glasfaseranschlüsse bzw. eine entsprechende Struktur nicht denkbar sind.

- Ebenfalls steht in der näheren Zukunft der Bau von mehreren Mehrfamilienhäusern an, sodass mit geringen Investitionen mit einer höheren Anschlussquote und somit stabilen Pachteinnahmen gerechnet werden kann.
- Weiterhin siedeln sich derzeit hochtechnisierte Unternehmen in den Gewerbegebieten an, für die diese Technik und die Verfügbarkeit von leistungsfähigen Internetanschlüssen unerlässlich sein wird (Stichwort: Industrie 4.0).

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des Eigenbetriebes im Jahresabschluss und im Lagebericht beruht auf Annahmen, die einen Beurteilungsspielraum zulassen. Wir halten die Darstellung und Einschätzung für vertretbar.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Unsere Prüfungshandlungen waren darauf gerichtet, uns ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und die Übereinstimmung des daraus entwickelten Jahresabschlusses (Anlagen 1 bis 3) sowie des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2022 (Anlage 4) mit den gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzung sowie des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes zu ermöglichen.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichtes beachtet wurden.

Der Prüfungsauftrag wurde durch die Betriebsleitung um die Prüfung nach § 53 HGrG erweitert.

Die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht erfolgt nach den deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften in Verbindung mit dem HessEigBGes. Die Rechnungslegung und die dazu eingerichteten internen Kontrollen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes trägt die Verantwortung für den von ihr aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht. Der aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang bestehende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 sind diesem Bericht als Anlagen 1 bis 4 beigefügt. Die Aufgabe des Abschlussprüfers ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Nicht Gegenstand der Jahresabschlussprüfung ist, ob der Fortbestand des geprüften Eigenbetriebes oder die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert, werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB). Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die gesetzlichen Normen zur Insolvenzfähigkeit eines Eigenbetriebes bzw. auf die Prüfung nach § 53 HGrG hin.

Die Prüfungsarbeiten haben wir – mit Unterbrechungen – im Zeitraum vom 4. März 2024 bis 26. März 2024 in den Geschäftsräumen des Eigenbetriebes in Eichenzell und in unserem Büro durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichtes in unserem Büro.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 28. März 2023 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022, der mit Beschluss der Betriebskommission 2. November 2023 und der Gemeindevertretung vom 14. Dezember 2023 unverändert festgestellt wurde.

Art, Umfang und Ergebnis unserer Arbeiten sind aus den nachfolgenden Ausführungen und den Arbeitspapieren ersichtlich.

Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Die Durchführung der Prüfung erfolgte nach den §§ 316 ff. HGB und den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung.

Die Prüfungshandlungen erstreckten sich weder auf die Einhaltung sonstiger rechtlicher Vorschriften noch auf die Aufdeckung etwaiger Unregelmäßigkeiten. Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes haben wir auftragsgemäß nicht geprüft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Betriebsleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Betriebsleitung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB und § 26 HessEigBGes erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Auskünfte erteilten uns der Betriebsleiter Herr Nico Schleicher sowie der von ihm benannte Mitarbeiter:

- Herr Simon Herr

Für die Prüfung des Eigenbetriebes standen folgende Unterlagen zur Verfügung:

- Jahresabschluss
- Lagebericht
- Kostenrechnung
- Planungen
- Verträge

Als Prüfungsunterlagen dienten uns ferner die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das gesamte Akten- und Schriftgut des Eigenbetriebes.

Grundlage unserer Prüfungsstrategie ist der risikoorientierte Prüfungsansatz. Wir erlangen ein Verständnis von dem Eigenbetrieb und dessen Umfeld, einschließlich des internen Kontrollsystems und ggf. der für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Dabei identifizieren und beurteilen wir Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf Abschluss- und Aussageebene und entwickeln eine Prüfungsstrategie und ein darauf abgestimmtes Prüfungsprogramm mit dem Ziel, ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu erlangen, um das Prüfungsrisiko auf ein vertretbar niedriges Maß zu reduzieren. Das Prüfungsprogramm enthält die von den Mitgliedern des Prüfungsteams als Reaktion auf die beurteilten Risiken durchzuführenden Prüfungshandlungen nach Art, zeitlicher Einteilung und Umfang. Diese auf die Aufdeckung wesentlicher falscher Darstellungen ausgerichtete Prüfungshandlungen umfassen ggf. Funktionsprüfungen zur Beurteilung der Wirksamkeit relevanter Kontrollen sowie aussagebezogene analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen.

Sowohl für die Planung und Durchführung der Prüfung, als auch zur Beurteilung der Prüfungsergebnisse und etwaigen nicht korrigierten falschen Darstellungen legen wir das Konzept der Wesentlichkeit zugrunde.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Prüfung der Umsatzerlöse
- Entwicklung des Anlagevermögens
- Entwicklung der empfangenen Ertragszuschüsse
- Werthaltigkeit und Ausweis der Forderungen
- Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Wir haben unser Prüfungsvorgehen nach den Ergebnissen einer Untersuchung des internen Kontrollsystems der abschluss- und rechnungsrelevanten Bereiche bestimmt. Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der beim Eigenbetrieb vorhandenen Kontrollen, unter Einschluss bestehender Überwachungs-, Anwendungs- und Computerkontrollen, von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials ausgehen konnten, haben wir die Untersuchung von Einzelvorgängen weitgehend eingeschränkt.

Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten des Eigenbetriebes haben wir u. a. Liefer-, Leistungs- und Darlehensverträge eingesehen. Es wurden Bankbestätigungen von den Kreditinstituten eingeholt. Die Zugänge zum Anlagevermögen des Berichtsjahres wurden durch Eingangsrechnungen nachgewiesen.

Die Salden der Forderungen und Verbindlichkeiten prüften wir aufgrund der übersichtlichen Anzahl an Geschäftsvorfällen bzw. der Forderungen an die Gemeinde Eichenzell alternativ unter Heranziehung von Rechnungen, sonstigen vertraglichen Unterlagen, Schriftverkehr, Zahlungen u. a.

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

Nachfolgend stellen wir gemäß § 321 Abs. 2 Satz 1 HGB dar, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung entsprechen.

Unsere Prüfung nach § 321 Abs. 2 Satz 2 HGB hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Buchführung

Bei der von uns durchgeführten Prüfung der Geschäftsbücher und des Jahresabschlusses haben wir die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften beachtet.

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) des Eigenbetriebes erfolgt durch die Gemeinde Eichenzell auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms „INFOMA“ der Firma Ekom21, Gießen, in der jeweils aktuellen Version. Für die Software liegt uns ein Zertifikat von der Zertifizierungsstelle der TÜV Informationstechnik GmbH vor, in welcher bescheinigt wird, dass die Software eine korrekte und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechende Buchführung ermöglicht.

Das vom Eigenbetrieb in Verbindung mit der Gemeinde Eichenzell im Rahmen der Buchführung eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und Umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Das interne Kontrollsystem beruht im Wesentlichen auf EDV-Routinen, Soll-Ist-Vergleichen und auf Vorjahresvergleichswerten.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die Buchführung ermöglicht dem sachverständigen Dritten in angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und die Lage des Eigenbetriebes.

Der Buchungsstoff ist kontenmäßig klar und übersichtlich geordnet. Die Geschäftsvorfälle sind – wovon wir uns in Stichproben überzeugten – vollständig und fortlaufend erfasst.

Das Belegwesen ist geordnet und gewährleistet zusammen mit den geführten Büchern und sonstigen Unterlagen Nachprüfbarkeit.

Bezüglich des zu prüfenden Geschäftsjahres wurden die von uns veranlassten berichtigen und ergänzenden Buchungen dem Eigenbetrieb aufgegeben. Von der richtigen Übernahme der Abschlussbuchungen haben wir uns noch während der Berichtserstellung überzeugt.

Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen des Eigenbetriebes angemessen.

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht ordnungsgemäß abgebildet.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unserer Feststellung grundsätzlich dazu geeignet, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

Weitere geprüfte Unterlagen

Das Anlagevermögen wurde durch ein ordnungsgemäß geführtes Anlagenverzeichnis nachgewiesen.

Die Forderungen gegenüber der Gemeinde wurden durch Saldenlisten nachgewiesen. Sie sind mit den jeweiligen Unterlagen abgestimmt.

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden durch Einzelnachweise belegt.

Der Nachweis der Bestände an liquiden Mitteln (Stand des Kontokorrentkredites) erfolgte durch Kontoauszüge und Bankbestätigungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch Kontoauszüge und Bankbestätigungen nachgewiesen.

Die übrigen Verbindlichkeiten wurden durch Einzelnachweise belegt.

Weitere Ausführungen sind im beigefügten Anhang (Anlage 3) enthalten.

2. Jahresabschluss

Auf die Erstellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes finden gemäß §§ 22, 26 HessEigBGes die handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften entsprechende Anwendung. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes aufgestellt.

Der Jahresabschluss schließt an den von uns geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Vorjahresabschluss an. Nach der schriftlichen Erklärung der Betriebsleitung enthält der Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Risiken.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die rechtsformspezifischen Ausweis- und Angabepflichten für Eigenbetriebe in Hessen wurden beachtet. Sie entsprechen den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB sowie der Verordnung zur Bestimmung der Formblätter für den Jahresabschluss der Eigenbetriebe in Hessen vom 9. Juni 1989. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde mit An-

wendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) auf die Bedürfnisse des Eigenbetriebes angepasst.

Zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Einzelnen verweisen wir auf den Anhang (Anlage 3). Im Übrigen geben wir zu den wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen noch folgende Erläuterungen:

Die Saldenvorträge zum 1. Januar 2023 entsprechen den Ansätzen in der Bilanz zum 31. Dezember 2022, sodass die Bilanzidentität gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB gewahrt ist.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Schulden erfolgte nach den Grundsätzen der Unternehmensfortführung (going-concern-Prinzip gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Vermögens- und Schuldposten sind ausreichend nachgewiesen sowie richtig und vollständig erfasst. Sie sind unter Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung angesetzt und bewertet.

Der Jahresabschluss beachtet alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie die Normen der Satzung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage 4) hat ergeben, dass über die voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes in ausreichendem Umfang berichtet wurde. Schließlich hat die Prüfung zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sowie § 26 HessEigBGes vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht (Anlage 4) alle vorgeschriebenen Angaben enthält. Er steht in Einklang mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht entspricht damit den gesetzlichen Vorschriften.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung nach § 321 Abs. 2 S. 3 und S. 4 HGB hat ergeben, dass § 264 Abs. 2 HGB beachtet wurde. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes.

Zur Begründung unserer Beurteilung verweisen wir auf die analysierende Darstellung in Anlage 9.

1. **Wesentliche Bewertungsgrundlagen**

In dem Jahresabschluss des Eigenbetriebes wurden folgende wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zugrunde gelegt:

- Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (going-concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).
- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den gesetzlichen Vorschriften (§§ 252 bis 256 HGB). Soweit sich Abwertungsbedarf ergeben hat, wurde dieser bei der Bewertung berücksichtigt.
- Die Abschreibung bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist (abnutzbares Anlagevermögen; § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB), erfolgte linear. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einem Wert von EUR 800,00 werden als geringwertige Wirtschaftsgüter im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben (§ 6 Abs. 2 EStG).
- Die Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert bzw. niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt, sodass alle erkennbaren Risiken berücksichtigt wurden.
- Die empfangenen Bauzuschüsse wurden jährlich mit einem Zwanzigstel aufgelöst.
- Die Rückstellungen wurden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet.

Für nähere Ausführungen verweisen wir auf Teil II. im Anhang (Anlage 3).

E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGES

Über das Ergebnis von Erweiterungen des Prüfungsauftrages, die sich aus der Satzung ergeben und sich nicht unmittelbar auf den Jahresabschluss oder Lagebericht beziehen, berichten wir in diesem Berichtsabschnitt.

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 10 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage 4) des Eigenbetrieb Breitband Eichenzell, Eichenzell, unter dem Datum vom 26. März 2024 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird.

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb Breitband Eichenzell, Eichenzell

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetrieb Breitband Eichenzell, Eichenzell – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes für das Geschäftsjahr 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB und des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unseres Bestätigungsvermerkes weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Betriebskommission für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Betriebskommission ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungswesensprozesses des Eigenbetriebes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerkes außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Fulda, 26. März 2024

PRC TREUHAND & REVISION GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT



Kirschbaum
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Eigenbetrieb Breitband Eichenzell
Eichenzell

Bilanz zum 31. Dezember 2023

A K T I V A	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.384.256,21	10.565.759,00	117.046,55	113.800,40	445.846,95	187.901,18
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	164,00				0,00
	<u>10.384.256,21</u>	<u>10.565.923,00</u>		<u>113.800,40</u>	<u>445.846,95</u>	<u>187.901,18</u>
	10.384.256,21	10.565.923,00		113.800,40	445.846,95	187.901,18
				<u>173.557,00</u>		<u>402.901,18</u>
				173.557,00		402.901,18
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	123.381,77	61.327,47		9.218.207,38		9.560.401,23
2. Forderungen gegen die Gemeinde	0,00	70.854,63				24.291,10
3. Sonstige Vermögensgegenstände	281.810,84	218.018,45		24.145,64		735.000,00
	<u>405.192,61</u>	<u>350.200,55</u>		<u>9.218.207,38</u>		<u>13.973,04</u>
	405.192,61	350.200,55		9.218.207,38		13.973,04
				<u>6.000,00</u>		<u>6.000,00</u>
				6.000,00		6.000,00
						<u>10.333.665,37</u>
				10.158.295,87		10.333.665,37
A. Eigenkapital						
I. Stammkapital						
II. Rücklagen						
1. Allgemeine Rücklage						
III. Bilanzgewinn						
B. Empfangene Bauzuschüsse						
C. Rückstellungen						
1. Sonstige Rückstellungen						
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde						
4. Sonstige Verbindlichkeiten						

10.789.448,82 10.916.123,55

10.789.448,82 10.916.123,55

Eigenbetrieb Breitband Eichenzell
Eichenzell
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	EUR	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse		598.411,49	594.319,69
2. Sonstige betriebliche Erträge		1.756,14	42.632,56
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-4.130,26		0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-11.195,70</u>		<u>0,00</u>
		-15.325,96	0,00
4. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-311.849,27</u>		<u>-307.656,79</u>
		-311.849,27	-307.656,79
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-15.438,81	-17.711,54
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		244,13	187,14
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-143.997,32	-123.869,88
8. Jahresüberschuss		113.800,40	187.901,18
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		187.901,18	111.451,07
10. zur Abführung an den gemeindlichen Haushalt		-70.854,63	-111.451,07
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen		-117.046,55	0,00
12. Bilanzgewinn		113.800,40	187.901,18

Eigenbetrieb Breitband Eichenzell, Eichenzell **Anhang für das Geschäftsjahr 2023**

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Breitband Eichenzell, Eichenzell, wurde nach den Vorschriften des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes) in der Fassung vom 9. Juni 1989, zuletzt geändert am 21. März 2005, aufgestellt. Gemäß § 22 des EigBGes finden die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB) sinngemäß Anwendung, soweit sich aus dem EigBGes nichts anderes ergibt.

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblättern des EigBGes unter der Berücksichtigung von Anpassungen laut BilRuG. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. EigBGes i. V. m. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit Wahlrechte für Angaben in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang ausgeübt werden können, wurde der Vermerk im Wesentlichen Anhang gewählt.

Angaben zur Identifikation des Eigenbetriebes:

Firmenname: Eigenbetrieb Breitband Eichenzell

Firmensitz: Eichenzell

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, angesetzt. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu einem Wert von 800,00 € werden als geringwertige Wirtschaftsgüter im Jahr der Anschaffung sofort abgeschrieben.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nominalwert bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Das **Stammkapital** wurde zum Nennwert bewertet.

Die **empfangenen Baukostenzuschüsse** beinhalten die anteilig von Anschlussnehmern erstatteten Kosten für die Herstellung von Hausanschlüssen. Aufgrund des engen technischen Zusammenhangs mit den Leerrohren in den jeweiligen Clustern werden die Baukostenzuschüsse analog der Nutzungsdauer der Leerrohre zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten abzudecken.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen:

Die Entwicklung des Anlagevermögens mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, kumulierten Abschreibungen und Buchwerten ist im nachfolgenden Anlagenspiegel gesondert dargestellt.

**Eigenbetrieb Breitband Eichenzell
Eichenzell
Entwicklung des Anlagevermögens 2023**

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten			Abschreibungen			Buchwerte		
	Stand 1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 1.1.2023 EUR	Abschreibungen Berichtsjahr EUR	Stand 31.12.2023 EUR	Stand 1.12.2023 EUR	Stand 31.12.2022 EUR
I. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.841.503,95	130.182,48	0,00	12.971.686,43	2.275.744,95	311.685,27	2.587.430,22	10.384.256,21	10.565.759,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.558,10	0,00	0,00	5.558,10	5.394,10	164,00	5.558,10	0,00	164,00
	12.847.062,05	130.182,48	0,00	12.977.244,53	2.281.139,05	311.849,27	2.592.988,32	10.384.256,21	10.565.923,00
	12.847.062,05	130.182,48	0,00	12.977.244,53	2.281.139,05	311.849,27	2.592.988,32	10.384.256,21	10.565.923,00

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich auf 123.381,77 € und die sonstigen Vermögensgegenstände auf 281.810,84 €. Beide Forderungspositionen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegenüber der Gemeinde Eichenzell, die aus dem Verlustausgleich der Jahre 2011-2016 resultieren, wurden im Geschäftsjahr ausgeglichen. Für nähere Erläuterungen verweisen wir auf die Ausführungen unter dem folgenden Punkt „Eigenkapital“.

Eigenkapital:

Das Stammkapital zum 31.12.2023 beträgt 215.000,00 €.

Gemäß § 11 Abs. 6 EigBGes kann ein entstandener Jahresverlust auf neue Rechnung vorgetragen werden und mit zukünftigen Gewinnen verrechnet werden. Nach dem Ablauf von 5 Jahren kann der Verlustausgleich durch die Entnahme aus Rücklagen ausgeglichen werden, sofern Rücklagen vorhanden sind. Sind keine Rücklagen vorhanden, so ist der Verlust aus den Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen.

Der Gesamtverlust des Eigenbetriebes in den Jahren 2011-2016 wurde buchhalterisch zum 31.12.2017 durch die Gemeinde ausgeglichen. Der Verlustvortrag der Vorjahre 2011-2016 belief sich auf insgesamt 536.098,63 €. Dieser Sachverhalt ist auf der Aktivseite der Bilanz unter den Forderungen an die Gemeinde ausgewiesen. Aufgrund des einheitlichen Vorliegens von Jahresabschlüssen auf gemeindlicher Seite und auf Seiten des Eigenbetriebes Breitband sowie aufgrund der positiven Ergebnisse (Überschuss im Jahr 2022: 187.901,18 €) ist mit Stichtag 31.12.2023 ein entsprechender Ausgleich erfolgt. Dieser Ausgleich erfolgt immer zeitversetzt, sprich der Überschuss des Jahres 2022 wird zum 31.12.2023 verrechnet und führt zum endgültigen Ausgleich der Forderung.

Empfänge Bauzuschüsse:

Entwicklung	Stand 1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Ab- schreibungen EUR	Stand 31.12.2023 EUR
Empfangene Bauzuschüsse	173.557,00	10.160,49	0,00	4.411,49	179.306,00
	173.557,00	10.160,49	0,00	4.411,49	179.306,00

Rückstellungen:

Art der Rückstellung	Stand zum 31.12.2023 EUR	Stand zum 31.12.2022 EUR	Änderung ggü. d. Vorjahr in EUR
Sonstige Rückstellungen	6.000,00	6.000,00	0,00
Rückstellungen gesamt	6.000,00	6.000,00	0,00

Die sonstigen Rückstellungen wurden für Jahresabschluss- und Prüfungskosten gebildet.

Verbindlichkeiten:

Art der Verbindlichkeit zum 31.12.2023	Gesamtbetrag TEUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		kleiner 1 J. TEUR	1 bis 5 J. TEUR	größer 5 J. TEUR
gegenüber Kreditinstituten	9.218,2	1.609,4	1.618,1	5.990,7
aus Lieferungen und Leistungen	24,2	24,2	0,0	0,0
Gegenüber der Gemeinde	900,0	735,0	165,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	15,9	15,9	0,0	0,0
Summe	10.158,3	2.384,5	1.783,1	5.990,7

Zum Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse.

IV. Angaben zur GuV

Im Berichtsjahr kam es zu keinen wesentlichen außer- oder überplanmäßigen Erträgen oder Aufwendungen.

V. Sonstige Angaben

Im Wirtschaftsjahr 2023 wurden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Betriebskommission setzte sich im Wirtschaftsjahr 2023 wie folgt zusammen:

Mitglieder der Gemeindevertretung:

- Herr Joachim Bohl (Elektromeister, Vorsitzender der Gemeindevertretung)
- Herr Julian Rudolf (Verwaltungsfachwirt, Vorsitzender der CDU-Fraktion)
- Herr Andreas Klimesch (Versicherungsfachmann)
- Herr Dirk Fischer (Selbständig)
- Frau Ingrid Fritsch (Unternehmerin)
- Herr Joachim Weber (Unternehmer, Fraktionsvorsitzender Bürgerliste Eichenzell)
- Herr Claus-Dieter Schad (Rentner, Vorsitzender FDP-Fraktion)

Mitglieder des Gemeindevorstands:

- Herr Peter Happ (Pensionär, 1. Beigeordneter)
- Herr Helmut Gladbach (Rentner, ehem. Bürgermeister)
- Frau Edeltraud Schütt (Architektin)

Wirtschaftlich und technisch erfahrene Personen:

- Herr Marco Farnung (Unternehmer)
- Herr Bernhard Krönung (Unternehmer)
- Herr Harald Ortmann (Rentner)

Bürgermeister:

- Herr Johannes Rothmund (Bürgermeister der Gemeinde Eichenzell, Vorsitzender der Betriebskommission)

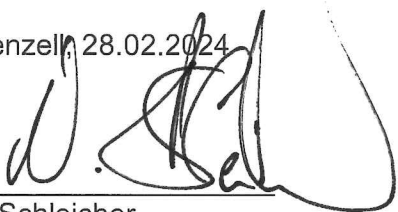
Die Mitglieder der Betriebskommission erhielten im Berichtszeitraum Aufwands- und Wegstreckenentschädigungen von insgesamt 145,60 €.

Betriebsleiter war Herr Nico Schleicher, Verwaltungsbeamter bei der Gemeinde Eichenzell. Der Betriebsleiter erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von EUR 400,00 € monatlich.

VI. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben:

Eichenzell, 28.02.2024



Nico Schleicher
Betriebsleiter

Lagebericht des Eigenbetriebes Breitband Eichenzell zum 31.12.2023

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb Breitband Eichenzell (EBE) wurde am 24.11.2011 gegründet und wird seitdem als Eigenbetrieb im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes in der Fassung vom 9. Juni 1989 geführt. Mit der Betriebsleitung ist Herr Nico Schleicher betraut.

Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr, der vorliegende Bericht umfasst das Jahr 2023.

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Verlegung der passiven Infrastruktur für ein flächendeckendes Glasfasernetz sowie die entsprechende Ausschreibung zur Durchführung des Tiefbaus und zur Vergabe eines Pachtvertrages und somit zur Aktivierung des Netzes zu sorgen.

Die Grundlage für die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebs Breitband Eichenzell bildet die erstellte Machbarkeitsstudie eines Beraterkonsortiums, die durch Beschluss der Gemeindevertretung beauftragt und deren Umsetzung am 10.08.2011 beschlossen wurde.

Nach Erfüllung der genannten Vorgaben hat der Eigenbetrieb die Umsetzung des Projektes zu überwachen, entsprechend auf die Einhaltung der Kostenrahmen zu achten, für eine wirtschaftliche und günstige Finanzierung zu sorgen, nach Fertigstellung die vertragsgemäße Abrechnung des Pachtgegenstandes zu organisieren und anschließend für die Erhaltung, Pflege, Dokumentation, eine hohe Auslastung des Netzes und ggf. die Erweiterung des Netzes zu sorgen.

Der Eigenbetrieb errichtet, unterhält und betreibt die hierfür notwendigen Anlagen und nimmt die zum Vollzug und zur Überwachung der geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Handlungen vor.

II. Wirtschaftsbericht

2.1. Wirtschaftliches Umfeld und Branchenentwicklung

Die Gemeinde Eichenzell befindet sich im sog. „Speckgürtel“ der Stadt Fulda und verfügt über sehr gute Infrastrukturanbindung wie z. B. die Autobahnen A7 und A66, die Bundesstraße 27 und eine direkte Anbindung durch eine Regionalbahnstrecke an den ICE-Bahnhof Fulda. Auch die Nähe zu Frankfurt, Würzburg und Kassel – jeweils etwa 100 km – mit direkter Anbindung der Autobahnen, trägt zur Attraktivität für Wohnen und Gewerbe bei.

In der Gemeinde Eichenzell leben knapp 11.500 Einwohner – etwa 5.000 Arbeitnehmer sind in den Gewerbegebieten und Gewerbebetrieben sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Das Gemeindegebiet hat eine Größe von 56 km² und umfasst 9 Ortsteile und einige Weiler.

Mit dem Glasfaserprojekt wird das Ziel verfolgt, eine flächendeckende und nachhaltige sowie zukunftsorientierte Versorgung von Gewerbebetrieben und Haushalten zu verwirklichen. Es soll insbesondere darauf geachtet werden, dass sich das Projekt in seiner Art und Weise von der Konkurrenz unterscheidet. Aus diesem Grund soll eine FTTH-Infrastruktur geschaffen werden, die unabhängig von den nach unserer Einschätzung nicht zukunftsfähigen Kupferinfrastrukturen der vorhandenen Anbieter ist. Nur auf diese Weise ist es möglich, eine entsprechende Marktakzeptanz und somit die notwendigen Anschlussquoten zu erreichen.

Durch das Glasfaserprojekt soll der Standort Eichenzell wesentlich gestärkt und im Ergebnis dem demografischen Wandel entgegengewirkt, die Ansiedlung moderner und innovativer Betriebe forciert und der Standort Eichenzell somit als Wohn- und Gewerbestandort attraktiv gehalten und weiter ausgebaut werden. Weiterhin sollen die Grundlagen der Infrastrukturen und somit die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Eichenzell erhalten bzw. erweitert werden.

Durch die Open-Access-Regelung streben wir für die Zukunft an, dass im ganzen Gemeindegebiet nur noch eine Infrastruktur von allen Anbietern genutzt wird.

Durch die Festsetzung von Pachtsteigerungen bei einer Erhöhung der Netzauslastung dürfte die Finanzierung des Netzes langfristig gewährleistet sein. Eine Erwirtschaftung von Überschüssen steht bei der Verfolgung des Projektes nicht im Vordergrund.

Ziel ist es vielmehr, ohne den Einsatz von gemeindlichen Steuergeldern, ein nachhaltiges Netz für Bürger und Gewerbetreibende zu schaffen, dieses langfristig zu unterhalten und weiterzuentwickeln.

2.2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

2.2.1. Vermögens- und Ertragslage

Die Bilanzsumme des Eigenbetriebes reduzierte sich im Berichtsjahr 2023 von 10.916.12,55 € um 126.674,73 € auf 10.789.448,82 €.

Da nur noch ergänzende Investitionen vorgenommen werden müssen, reduziert sich das Anlagevermögen bei Investitionen in Höhe von 130.182,48 € und Abschreibungen in Höhe von 311.685,27 € um 181.666,79 € auf 10.384.256,21 €.

Die Forderungen gegenüber der Gemeinde verringern sich um 70.854,63 € und betragen nach der letztmaligen anteiligen Verrechnung des Jahresüberschusses aus dem Vorjahr 0,00 €.

Gegenläufig erhöhen sich insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 62.054,30 €.

Auf der Passivseite erhöht sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 42.945,77 €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 113.800,40 €.

Die Bauzuschüsse steigen im Geschäftsjahr um 5.749,00€ auf 179.306 €. Dabei stehen dem Zugang von 10.160,49 € Auflösungen in Höhe von 4.411,49 € gegenüber.

Die sonstigen Rückstellungen betragen unverändert zum Vorjahr 6.000,00 € und werden für Rechts- und Beratungskosten gebildet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringern sich im Geschäftsjahr. Die Kassenkrediten konnten um 159.219,70 € auf 418.472,81 € und die Darlehensverbindlichkeiten um 182.974,15 € auf 8.799.734,57 € verringert werden. Im Berichtsjahr wurde insbesondere ein Investitionsdarlehen umgeschuldet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde steigen erneut um 165.000,00 €, da zur Sicherung der Investitionstätigkeit und Deckung der Tilgungsleistungen ein erneutes Darlehen gewährt wurde.

Für das Geschäftsjahr 2023 können Jahrespachteinnahmen in Höhe von 594.000,00 € generiert werden. Aufgrund der gestiegenen Pachteinahmen konnte zum vierten Mal in Folge ein Überschuss erwirtschaftet werden. Dieser betrug für das Jahr 2023 113.800,40 €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzieren sich um 40.876,42 € auf 1.756,14 €. Das Vorjahr war geprägt von der Auflösung der Rückstellung aus den Streitigkeiten mit Internexio/Greenfiber (25.000,00 €) und den Erstattungszahlungen aus beigelegten Rechtsstreitigkeiten (17.005,06 €).

Durch einige nötige Reparaturen an der Infrastruktur stieg im Berichtsjahr der Materialaufwand von 0,00 € im Vorjahr auf 15.325,96 €.

Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 311.849,27 €. Diese sind nur unwesentlich höher als im Vorjahr (307.656,79 €). Da nur noch Ergänzungsinvestitionen am vorhandenen Sachanlagevermögen vorgenommen werden müssen, kommt es zu keinen größeren Steigerungen der Abschreibungen.

Die Zinsaufwendungen steigen im Berichtsjahr von 123.869,88 € auf 143.997,32 €. Der Anstieg der Zinsaufwendungen ist auf den gestiegenen Zinssatz für die Kassenkredite zurückzuführen.

2.2.2. Finanzlage

Der Eigenbetrieb Breitband Eichenzell befindet sich zu 100 % im Eigentum der Gemeinde Eichenzell. Die Investitionen in die Breitbandinfrastruktur sollen zu 100 % über Darlehen fremdfinanziert werden.

Im Laufe des Jahres 2023 wurden weitere Finanzierungskredite aufgenommen und Umschuldungen vorgenommen. Insgesamt bestehen zum Jahresende Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 9.218.207,38 € gegenüber Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen beträgt zwischen 10-30 Jahre, der Zinsbindungszeitraum zwischen 10-30 Jahre. Aufgrund der Entwicklung am Kapitalmarkt konnten bessere Finanzierungsbedingungen realisiert werden, als in der Machbarkeitsstudie angenommen wurden, die Zinssätze liegen derzeit zwischen 0,43 % und 3,30 %.

Aufgrund weiterer Investitionstätigkeit und hoher Tilgungsleistungen wurde von Seiten der Betriebskommission und den gemeindlichen Gremien beschlossen, den Eigenbetrieb mit unbefristeten Darlehen in Höhe von 165.000 € jährlich zum Zinssatz von 0,5 % zu unterstützen und diese je nach Leistungsfähigkeit zurückzufordern. Hierbei geht es um die Kompen-

sierung zu hoher Tilgungsleistungen der Finanzierungskredite, die als Folge damals günstiger Kreditkonditionen entstanden sind.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1. Prognosebericht

Wir erwarten für die Folgejahre, aufgrund der Erfahrungen eine positive Projektentwicklung. Das Jahr 2023 war geprägt durch Ausbautätigkeiten in den Baugebieten. Der Hauptfokus liegt weiterhin in der Ergänzung des Netzes und der weiteren Verdichtung und Akquirierung von neuen Anschlüssen bzw. der Reaktivierung brachliegender Anschlüsse bei potenziellen Kunden. Die Einnahmesituation konnte weiter verbessert werden und stabilisiert sich mit der Tendenz zum Wachstum.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 wird davon ausgegangen, dass den geplanten Aufwendungen in Höhe von 496.321 € Erträge in Höhe von 613.400 € gegenüberstehen, weshalb mit einem Jahresgewinn in Höhe von 117.079 € gerechnet wird. Für das Jahr 2024 sind zudem Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 232.000 € vorgesehen.

3.2. Chancen, Zielsetzung und Strategien

Als besondere Chance werden die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Netzes und die damit verbundene Ansiedlung von ruhigem Gewerbe für den Bereich Innovation und Technologie angesehen.

Weiterhin werden die im Netz vorhandenen Leistungsreserven und Möglichkeiten als positiv bewertet. Angebote wie Smartmetering, die gemeinsame Nutzung des Netzes durch alle Anbieter und weitere Mehrwertdienste können zu einer Nutzung des Netzes durch mehr als die zu erzielenden 60 % der Haushalte hinausführen und weitere Einnahmen für den Eigenbetrieb sichern, um mittels dieser zusätzlichen Einnahmen eine schnellere Amortisation des Projektes vorantreiben.

Ebenfalls wird sich das Projekt „Smart cities made in germany“ mit einem Projektvolumen in Höhe von 16 Mio. € positiv entwickeln, da die dort einzuführenden technologischen Standards ohne Glasfaseranschlüsse bzw. eine entsprechende Struktur nicht denkbar sind.

Durch einen qualitativ hochwertigen Ausbau des Netzes und die Verwendung qualitativ hochwertiger Materialien besteht ferner die Chance, das Netz ohne größere Investitionen über die Abschreibungsdauer hinweg wirtschaftlich nutzen zu können.

Ebenfalls steht in der näheren Zukunft der Bau von mehreren Mehrfamilienhäusern an, so dass mit geringen Investitionen mit einer höheren Anschlussquote und somit stabilen Pachteinnahmen gerechnet werden kann.

Gleichzeitig siedeln sich derzeit hochtechnisierte Unternehmen in den Gewerbebetrieben an, für die diese Technik und die Verfügbarkeit von leistungsfähigen Internetanschlüssen unerlässlich ist (Stichwort: Industrie 4.0).

Eine Hauptchance wird derzeit im OpenAccess gesehen. Dieser wird der Schlüssel für eine langfristige und hohe Auslastung des Netzes sein. Hier ist besonders die Politik gefragt besonnene und zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen.

Auch wird der immer weiter steigende Datenverbrauch pro Kopf, die Auslagerung von Daten in die Cloud immer mehr dazu führen, dass hochbandige Anschlüsse nachgefragt und betrieben werden müssen. Dies betrifft sowohl gewerbliche als auch private Anschlüsse.

3.3. Risikosicherung

Kundenakzeptanz

Die Vermarktung von Endkundenprodukten durch den Pächter bildet die Geschäftsgrundlage des EBE. Aus diesem Grund ist es wichtig, einen leistungsfähigen, flexiblen und unabhängigen Pächter für ein solches Projekt vorzuweisen. Die Attraktivität des Dienstansbieters und dessen Produkte können den Erfolg und das Erreichen einer entsprechenden Vermarktungsquote maßgeblich beeinflussen. Aus diesem Grund wurde im Berichtsjahr durch den Provider „Rhönnet“ und „Greenfiber“ Projekte wie Entwicklung zum „10 Gigabit-Produkt“ vermarktet und weitere Mehrwertdienste etabliert. Damit wird die Attraktivität des Anbieters weiter steigen.

Investitionskosten

Die Netzergänzungen werden im Regelfall über die ausbauenden Firmen bzw. durch die Mitverlegung von Hausanschlüssen im Rahmen des Anschlusses von Wasser und Strom verwirklicht. Weiter bestehen Rahmenverträge zum Bau von kleineren Netzergänzungen bzw. Nachbauten.

Durch die jeweiligen Synergien können die Baukosten pro Hausanschluss moderat gehalten werden.

IT/TK-Infrastrukturen

Der Projekterfolg hängt maßgeblich davon ab, ob eine weitgehend störungsfreie Infrastruktur errichtet werden und ein zuverlässiges Angebot an Diensten gewährleistet werden kann. Ein Ausfall der Infrastruktur oder des Diensteanbieters hätte im weiteren Projektverlauf möglicherweise vorübergehend schwerwiegende Folgen für den weiteren Geschäftsaufbau. Aus diesem Grund wurde u. a. der bereits erläuterte „Ringschluss“ zwischen den POP's 3 und 5 und den POP's 5 und 1 verwirklicht.

Ebenfalls muss weiterhin an der Attraktivität des Netzes und der Nutzung des OpenAccess gearbeitet werden und möglichst verhindert werden, dass andere Anbieter ihre Netze weiter ertüchtigen oder eigenständig und damit parallel ausbauen. Ziel ist es eine moderne Struktur für alle Anbieter vorzuhalten, die entsprechend möglichst von allen Marktteilnehmern genutzt wird.

Wettbewerbsrisiken

Ein weiteres Risiko besteht im Eingreifen von Marktteilnehmern in die bestehenden Strukturen und einer Erweiterung der entsprechenden Angebote. Wie bereits erwähnt, wurde aus diesem Grund versucht, über die unterversorgten und für die Marktteilnehmer unwirtschaftlichen Gebiete das Projekt zu beginnen und eine hohe Marktdurchdringung zu erreichen.

Weiter wurde durch die Umsetzung eines FTTH – Projektes in Sachen Qualität, Zukunftsfähigkeit und Angebot ein, nach unserer Auffassung, konkurrenzloses Produkt geschaffen. Durch die Gewährung von kostenfreien Anschlüssen während der Akquise Phasen, deren Kosten im Business-Case inbegriffen waren, ist die Attraktivität eines Hausanschlusses enorm gesteigert worden, weshalb eine hohe Beteiligung der Bürgerschaft erreicht werden konnte.

Die derzeitigen extremen Steigerungen der notwendigen Übertragungsraten und Datendurchsätze, durch beispielsweise Streamingdienste, kommt der Akzeptanz des Netzes sehr entgegen. Weiterhin werden Anstrengungen unternommen, Wettbewerber in das Netz zu integrieren.

Insbesondere der kostenlose Anschluss von Neubauten im Gemeindegebiet, verschafft dem EBE eine entsprechende Präsenz in den Neubaugebieten, den Neubauten im Innenbereich sowie den Mehrfamilienhäusern.

Große Unsicherheit besteht in der Ausrichtung der digitalen Offensive der Bundesregierung und der unklaren Aussagen am Schutz der vorhandenen Glasfaserinfrastrukturen.

Regulierungsaktivitäten der Bundesnetzagentur

Ein weiteres Risiko liegt in Regulierungsaktivitäten der Bundesnetzagentur in Bezug auf die Festlegung eines regulierten und marktüblichen Anschlusspreises. Sollte diese Regulierung unterhalb des vom Eigenbetrieb vereinbarten Preises pro Anschluss liegen, wären das Geschäftsmodell bzw. die kalkulierten Pachteinahmen gefährdet. Da jedoch die Bundesnetzagentur in die Genehmigung des Projektes involviert ist und die vom Eigenbetrieb vorgesehenen Pachtpreise am unteren Ende des Marktes angesiedelt sind, wird dieses Risiko eher als gering eingeschätzt, da auch nur so ein flächendeckender Breitbandausbau, wie von der Bundesregierung gewünscht, umsetzbar sein wird.

Aus diesem Grund wurde im Jahr 2016 beschlossen sich im Verband „BUGLAS“ zu engagieren, um Einfluss auf die Entwicklung der Regulierung zu haben. Dazu wird von Seiten der Betriebsleitung durch einige Vorträge zum Projekt Eichenzell im Bundesgebiet versucht, die Akzeptanz der nicht geförderten Projekte zu stärken und eine Stimme in der Regulierung zu bekommen. Diese Mitgliedschaft besteht entsprechend weiterhin und es besteht ein reger Austausch mit den verantwortlichen Personen.

Im Dezember 2018 wurde mit dem Provider ein engeres Controlling abgestimmt. Vierteljährlich werden dem EBE nun Zu- u. Abgänge von Verträgen mit entsprechenden Begründungen geliefert. Dies soll dabei helfen, frühzeitig größere Kundenabwanderungen zu analysieren und ggf. entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Eichenzell, 28.02.2024



Nico Schleicher
Betriebsleiter

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb Breitband Eichenzell, Eichenzell

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetrieb Breitband Eichenzell, Eichenzell – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes für das Geschäftsjahr 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB und des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unseres Bestätigungsvermerkes weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Betriebskommission für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Betriebskommission ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungswesensprozesses des Eigenbetriebes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Er-

eignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Fulda, 26. März 2024

PRC TREUHAND & REVISION GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT


Kirschbaum
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE VERHÄLTNISSSE

Firma:	Eigenbetrieb Breitband Eichenzell
Rechtsform:	Wirtschaftliches Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (§ 1 Abs. 1 HessEigBGes)
Gründung:	Der Eigenbetrieb wurde mit Beschluss vom 10. August 2011 gegründet.
Sitz:	Schlossgasse 7a, 36124 Eichenzell
Betriebssatzung:	Die Eigenbetriebssatzung gemäß Beschluss der Gemeindevertretung vom 24. November 2011 trat am 3. Dezember 2011 durch Bekanntmachung in Kraft. Die Satzung wurde durch die Beschlüsse der Betriebskommission und der Gemeindevertretung geändert. Das Stammkapital beträgt nun EUR 215.000,00.
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Gegenstand des Eigenbetriebes:	Zweck des Eigenbetriebes ist die Versorgung der Bevölkerung mit Breitbandtechnologie durch die Errichtung eines passiven Glasfasernetzes.
Stammkapital:	Das Stammkapital beträgt EUR 215.000,00.
Vertretung des Eigenbetriebes:	Nach der Eigenbetriebssatzung wird zur Leitung des Eigenbetriebes ein/e Betriebsleiter/in bestellt. Seit dem 14. Dezember 2011 ist Herr Nico Schleicher, Eichenzell, zum Betriebsleiter bestellt.
Vorjahresabschluss:	Der Vorjahresabschluss wurde durch die Betriebskommission am 2. November 2023 festgestellt.

Betriebsleitung: Herr Nico Schleicher

Betriebskommission

Vorsitzender: Herr Johannes Rothmund
Bürgermeister der Gemeinde Eichenzell

Vertreter der Gemeindevertretung: Herr Joachim Bohl
Herr Julian Rudolf
Herr Andreas Klimesch
Herr Joachim Weber
Frau Ingrid Fritsch
Herr Dirk Fischer
Herr Claus-Dieter Schad

Vertreter des Gemeindevorstandes: Herr Peter Happ
Frau Edeltraud Schütt
Herr Helmut Gladbach

Wirtschaftlich und technisch erfah-
rene Personen: Herr Marco Farnung
Herr Bernhard Krönung
Herr Harald Ortmann

Weiter wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Gegenstand des Eigenbetriebes einschließlich seiner Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Versorgung der Bevölkerung mit Breitbandtechnologie durch die Errichtung eines passiven Glasfasernetzes.

Das Ausbauggebiet gliedert sich in verschiedene sogenannte Cluster. Die einzelnen Ortsteile sind wie folgt zugeordnet:

- Cluster 1a: Melters, Industriepark Rhön, Rönshausen Nord
- Cluster 1b: Lütter, Rest Rönshausen, Welkers
- Cluster 2: Rothemann
- Cluster 3: Büchenberg, Döllbach, Zillbach
- Cluster 4: Kerzell, Löschenrod
- Cluster 5: Eichenzell
- Cluster 6: Allgemeines

Der Eigenbetrieb kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

Verträge von besonderer Bedeutung

- Pachtvertrag über ein Leerrohr- bzw. Glasfasernetz in dem Gebiet der Gemeinde Eichenzell mit der sacoin GmbH, Oering, vom 26. Juli 2012
- Vereinbarung über den Übergang des Pachtvertrages von der sacoin GmbH, Oering, auf die Internexio Pacht & Management GmbH, Hamburg, vom 23. Mai 2013
- Änderungsvertrag zum Pachtvertrag vom 26. Juli 2012 mit der Internexio Pacht & Management GmbH, Hamburg, vom 23. Mai 2013

- Anlage „Anzahl Bedarfsstellen“ zum Pachtvertrag vom 23. Mai 2013 als Grundlage der Pachteinnahmen; die Bedarfsstellen sind für die einzelnen Cluster gemäß § 10 Abs. 1 des Pachtvertrags vom 26. Juli 2012 auf insgesamt 4.500 Bedarfsstellen festgeschrieben worden, die sich folgendermaßen verteilen:
 - Cluster 1a / 1b: 1.090 Bedarfsstellen
 - Cluster 2: 618 Bedarfsstellen
 - Cluster 3: 436 Bedarfsstellen
 - Cluster 4: 816 Bedarfsstellen
 - Cluster 5: 1.540 Bedarfsstellen.

Der Pachtzins wird erstmalig fünf Monate nach betriebsbereiter Erstellung des jeweiligen Clusters gezahlt. Er wird jährlich jeweils zum 31. Dezember ermittelt und der Pachtzins von EUR 11,00 je Bedarfsstelle entsprechend der Prozentzahl, um die die Anschlussquote die 60 % übersteigt zum 15. des auf die Anpassung folgenden Monats erhöht.

Der Pachtvertrag beginnt mit Übergabe des ersten fertig gestellten Clusters (1a) und dauert zunächst 25 Jahre.

STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

Zuständiges Finanzamt: Fulda

Steuernummer: 18 226 00088

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2011 hat das Finanzamt Fulda dem Eigenbetrieb die verbindliche Auskunft erteilt, dass es auf Grundlage des in der Anfrage dargestellten Sachverhaltes für den vorgetragenen Einzelfall nicht beanstandet wird, die Gemeinde Eichenzell als unternehmerisch tätig anzusehen, da sie auf privatrechtlicher Grundlage handelt. Der Eigenbetrieb unterliegt insofern der Regelbesteuerung gemäß den §§ 16 - 18 des UStG.

Mit Schreiben vom 19. März 2012 hat das Finanzamt Fulda dem Eigenbetrieb ferner die verbindliche Auskunft erteilt, dass auf Grundlage des in der Anfrage dargestellten Sachverhaltes kein Betrieb gewerblicher Art im Sinne des § 4 Abs. 1 KStG begründet wird und entsprechend auch nicht die Voraussetzungen für eine Gewerbesteuerpflicht (§ 2 GewStDV) des Eigenbetriebes vorliegen. Die Auskunft gilt mit der Einschränkung, dass sich die im Rahmen der Verpachtung erbrachten Leistungen auf die entgeltliche Überlassung des sog. passiven Netzes beschränken und keine weiteren Nebenleistungen erbracht werden, es sich also um eine bloße Vermögensverwaltung handelt. Es wird insofern davon ausgegangen, dass der Eigenbetrieb weder der Körperschaft- noch der Gewerbesteuer unterliegt.

Die erteilten Auskünfte des Finanzamts sind bindend, wenn der später verwirklichte Sachverhalt von dem der Auskunft zugrunde gelegten nicht oder nur unwesentlich abweicht.

Im Wirtschaftsjahr 2017 hat eine steuerliche Außenprüfung für den Zeitraum 2011 bis 2014 (Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer) stattgefunden, die zu einer Steuernachzahlung in Höhe von TEUR 44 betreffend die Jahre 2012 und 2013 führte. Die Nachzahlung wurde in 2017 geleistet. Nach den Feststellungen der Betriebsprüfung geht das Finanzamt Fulda nunmehr hinsichtlich der Verpachtung der passiven Netzkomponenten von einer unternehmerischen Betätigung i. S. d. § 2 UStG im Rahmen der Vermögensverwaltung aus. Ein Betrieb gewerblicher Art i. S. d. § 4 KStG liegt nicht vor. Von der Abgabe einer Körperschaftsteuererklärung kann deshalb abgesehen werden.

ANALYSE DES JAHRESABSCHLUSSES

Vermögenslage (Bilanz)

Nachfolgend erläutern wir den Vermögens- und Kapitalaufbau des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2023 und vergleichen ihn mit den Daten der Bilanz zum 31. Dezember 2022. Die sachlich zusammengehörenden Bilanzposten werden zusammengefasst. Betriebswirtschaftliche Korrekturen wurden angebracht. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sehen wir als langfristig an.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Sachanlagen	10.384	96,2	10.566	96,8	-182	-1,7
Anlagevermögen	10.384	96,2	10.566	96,8	-182	-1,7
Lieferforderungen	123	1,1	61	0,6	62	101,6
Forderungen gegen Gemeinde	0	0,0	71	0,6	-71	-100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	282	2,7	218	2,0	64	29,4
Kurzfristiges Umlaufvermögen	405	3,8	350	3,2	55	15,7
AKTIVA	10.789	100,0	10.916	100,0	-127	-1,2

Das Gesamtvermögen (**AKTIVA**) hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 127 (= 1,2 %) auf TEUR 10.789 verringert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem um TEUR 182 (= 1,7 %) niedrigeren Anlagevermögen. Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 55 (= 15,7 %) erhöht.

Der Anteil des **Anlagevermögens** am Gesamtvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr von 96,8 % auf 96,2 % gesunken. Der nominale Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der planmäßigen Abschreibung (TEUR 312). Die Investitionen in Höhe von TEUR 130 verteilen sich auf alle Cluster, da es sich lediglich um Ergänzungen handelt. Das Investitionsvolumen verringert sich analog zum derzeitigen Investitionsbedarf an einem bestehenden, neuen Netz.

Das **Kurzfristige Umlaufvermögen** hat sich im Berichtsjahr um TEUR 55 auf TEUR 405 (Vorjahr: TEUR 350) erhöht. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** stiegen um TEUR 62 auf TEUR 123 an. Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt allesamt beglichen. Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um TEUR 64 auf TEUR 282 erhöht und bestehen im Berichtsjahr vollständig aus den Ansparraten des Bausparvertrages. Gegenläufig sind die **Forderungen gegenüber der Gemeinde** Eichenzell (TEUR 0) gesunken. Diese sind aufgrund der Verrechnung des Jahresüberschusses 2022 mit der Verlustübernahme der Vorjahre 2011-2016 um TEUR 71 zurückgegangen und somit ausgeglichen.

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Wirtschaftliches Eigenkapital	446	4,1	403	3,7	43	10,7
Bauzuschüsse	179	1,7	174	1,6	5	2,9
Eigenkapital	625	5,8	577	5,3	48	8,3
Bankverbindlichkeiten	7.609	70,5	7.753	71,0	-144	-1,9
Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinde	900	8,3	735	6,7	165	22,4
Langfristiges Fremdkapital	8.509	78,8	8.488	77,7	21	0,2
Rückstellungen	6	0,1	6	0,1	0	0,0
Bankverbindlichkeiten	1.609	14,9	1.807	16,6	-198	-11,0
Lieferantenverbindlichkeiten	24	0,2	24	0,2	0	0,0
Übrige Verbindlichkeiten	16	0,2	14	0,1	2	14,3
Kurzfristiges Fremdkapital	1.655	15,4	1.851	17,0	-196	-10,6
PASSIVA	10.789	100,0	10.916	100,0	-127	-1,2

Das Gesamtvermögen (**PASSIVA**) hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 127 (= 1,2 %) auf TEUR 10.789 verringert. Der Rückgang resultiert insbesondere aus dem Rückgang des kurzfristigen Fremdkapitals um TEUR 196. Gegenläufig stieg das langfristige Fremdkapital um TEUR 21 an.

Das wirtschaftliche **Eigenkapital** des Eigenbetriebes ist um TEUR 48 gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresüberschuss 2023 (TEUR 114). Die Bauzuschüsse sind im Berichtsjahr bei erhaltenen Bauzuschüssen i. H. v. TEUR 10 und der planmäßigen Auflösung i. H. v. TEUR 4 um TEUR 6 gestiegen.

Das **Langfristige Fremdkapital** betrifft im Wesentlichen die Tilgungsraten der aufgenommenen Darlehen, die erst in zwei oder mehr Jahren fällig sind. Die langfristigen Bankverbindlichkeiten sind aufgrund der planmäßigen Tilgungen sowie Umschuldungen im Geschäftsjahr um TEUR 144 aus TEUR 7.609 (Vorjahr: 7.753) gesunken. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde haben sich aufgrund eines neuen Darlehens um TEUR 165 auf TEUR 900 erhöht und sind frühestens ab dem Jahr 2025 zurückzuzahlen.

Das **Kurzfristige Fremdkapital** hat sich um TEUR 669 auf TEUR 1.182 verringert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung der Bankverbindlichkeiten um TEUR 671. Für die Veränderung des Kontokorrentkredites verweisen wir auf die nachfolgende Darstellung zur Finanzlage.

Die **Rückstellungen** betreffen die Kosten für die Jahresabschlusserstellung und –prüfung des Jahres 2023 (TEUR 6).

Die **Lieferantenverbindlichkeiten** sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert und belaufen sich insgesamt auf TEUR 24. Die Verbindlichkeiten bestehen aus diversen offenen Rechnungen, die zum Prüfungszeitpunkt im Wesentlichen bezahlt sind.

Die **Übrigen Verbindlichkeiten** beinhalten Zinszahlungen an die Landesbank Hessen-Thüringen in Höhe von TEUR 10 sowie Umsatzsteuerverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 6.

Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Die nachstehend dargestellte Finanzlage erläutert, durch den Einsatz einer Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21, die Herkunft und die Verwendung von Finanzierungsmitteln und zeigt die sich aus der Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes ergebende finanzielle Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes. Sie ermöglicht insbesondere eine Analyse der Investitions- und Finanzierungsvorgänge.

Die Zahlungsströme im Eigenbetrieb werden in einen

- Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit
- Cashflow aus der Investitionstätigkeit
- Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

untergliedert. Die Summe dieser Cashflow-Größen ergibt letztlich die Veränderung der liquiden Mittel.

	2023 TEUR	2022 TEUR
Periodenergebnis	114	188
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	312	308
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-4	-4
Cashflow	422	492
Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-55	50
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	2	-39
Zinsaufwendungen/Zinserträge	144	124
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	513	627
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-130	-107
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-130	-107
Auszahlungen aus Eigenkapital an Gemeinde	-71	-111
Einzahlungen aus Zuwendungen	10	11
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.215	1.243
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-1.233	-1.455
Gezahlte Zinsen	-144	-124
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-223	-436
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	160	84
Finanzmittelfonds am 1.1.	-578	-662
Finanzmittelfonds am 31.12.	-418	-578
Definition des Finanzmittelfonds:	2023 TEUR	2022 TEUR
Finanzmittelfonds aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-418	-578
Finanzmittelfonds am 31.12.	-418	-578

Der **Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit** beträgt im Berichtsjahr TEUR 513 (Vorjahr TEUR 627). Der um TEUR 114 niedrigere Mittelzufluss resultiert im Wesentlichen aus dem niedrigeren Jahresergebnis und dem gegenläufigen Anstieg der Verbindlichkeiten. Im Berichtsjahr kam es zu einem Mittelabfluss aus der Veränderung der Forderungen.

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** beträgt im Berichtsjahr TEUR -130 (Vorjahr TEUR -107) und ist vollständig auf die getätigten Investitionen im Sachanlagevermögen zurückzuführen.

Der **Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** (TEUR -223; Vorjahr TEUR -436) stellt aufgrund der hohen Tilgungsleistung (TEUR -1.233), den gezahlten Zinsen (TEUR -144) und der Abführung des Vorjahresergebnisses an den gemeindlichen Haushalt (TEUR -71) einen Mittelabfluss dar. Die Auszahlung der neu aufgenommenen Darlehen (TEUR 1.215) minderte diesen jedoch ab. Es wurden im Berichtsjahr ein neues Bankdarlehen aufgenommen bzw. noch offene Mittel abgerufen. Darüber hinaus wurde auch durch die Gemeinde erneut ein Darlehen in Höhe von TEUR 165 gewährt.

Der negative **Finanzmittelfonds** (TEUR -418) hat sich am Ende des Berichtsjahres um TEUR 160 verbessert. Der **Finanzmittelfonds** besteht ausschließlich aus dem in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Kontokorrentkredit.

Der Eigenbetrieb konnte im Berichtsjahr seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	2023		2022		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	598	100,0	594	100,0	4	0,7
Gesamtleistung	598	100,0	594	100,0	4	0,7
Sonstige Erträge	2	0,3	43	7,2	-41	-95,3
Materialaufwand	-15	-2,5	0	0,0	-15	
Abschreibungen	-312	-52,2	-308	-51,9	-4	1,3
Sonstige Aufwendungen	-15	-2,5	-17	-2,8	2	-11,8
Betriebsergebnis (bereinigt)	258	43,1	312	52,5	-54	-17,3
Finanzergebnis	-144	-24,1	-124	-20,9	-20	16,1
Ergebnis nach Ertragsteuern	114	19,0	188	31,6	-74	-39,4
Jahresergebnis	114	19,0	188	31,6	-74	-39,4

Die **Umsatzerlöse** des Eigenbetriebes sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (TEUR 4). Es handelt sich hierbei um die Pacht für das Leerrohr- und Glasfasernetz, welche aufgrund der tatsächlichen Netzauslastung gesteigert wird.

Die **Sonstigen Erträge** sind um TEUR 41 auf TEUR 2 gesunken. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus der im Vorjahr ausgewiesenen Auflösung einer Rückstellung für die Abrechnung des Pächters Internexio/Greenfiber (TEUR 25) und einem periodenfremden Ertrag aus der Beilegung eines Rechtsstreites mit einem Dienstleister (TEUR 17).

Der **Materialaufwand** hat sich um TEUR 15 auf TEUR 15 erhöht. Grund hierfür ist, dass im Geschäftsjahr Aufwendungen im Zusammenhang mit Schäden am Leerrohr- und Glasfasernetz entstanden sind.

Die **Abschreibungen** haben sich um TEUR 4 auf TEUR 312 erhöht. Der Grund für den Anstieg sind weitere Investitionen in die Cluster 1a, 1b, 2, 3, 4, 5 und 6.

Die **Sonstigen Aufwendungen** betragen im Berichtsjahr TEUR 15 und sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2 gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Rechts- und Beratungskosten (TEUR 9).

Das **Finanzergebnis** ist trotz gesunkener Bank- und Kassenverbindlichkeiten um TEUR 20 niedriger als im Vorjahr. Grund hierfür sind die im Geschäftsjahr höheren Zinsaufwendungen. Diese resultieren aus dem gestiegenen Zinssatz für die Kontokorrentverbindlichkeiten.

Insgesamt ergibt sich im Geschäftsjahr 2023 ein **Jahresergebnis** von TEUR 114. Das Jahresergebnis hat sich somit gegenüber dem Vorjahr (TEUR 188) um TEUR 74 verschlechtert.

FRAGENKATALOG

ORDNUNGSMÄßIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Angabe der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Der Eigenbetrieb wird gemäß § 4 der Satzung des Eigenbetriebes durch die Betriebsleitung geführt, deren allgemeinen Aufgaben in § 6 der Satzung beschrieben sind. Darüber hinaus gibt es keine schriftlichen Weisungen zur Organisation für die Betriebsleitung. Die Überwachung der Betriebsleitung erfolgt durch die Betriebskommission, welche den Gemeindevorstand gemäß § 8 Abs. 6 der Betriebssatzung über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes zu unterrichten hat. Für die Betriebskommission existiert eine Geschäftsordnung, die der Gemeindevorstand der Gemeinde Eichenzell in seiner Sitzung am 28. Dezember 2011 beschlossen hat. Die Gemeindevertretung als oberstes Organ der Gemeinde entscheidet unter Beachtung der § 121 Abs. 8 und § 127 HGO über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb der Gemeinde gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Die Zuständigkeit der Gemeindevertretung richtet sich nach § 5 Abs. 2 HessEigBGes. Diese Regelungen entsprechen in Anbetracht der Größe und Komplexität des Eigenbetriebes nach unserer Auffassung in ihrer Gesamtheit den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Für jede Gremiensitzung werden schriftlich Protokolle geführt. Im Berichtsjahr hat eine Sitzung der Betriebskommission stattgefunden. Die Gemeindevertretung hat sich in einer Sitzung mit dem Eigenbetrieb beschäftigt.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Nach den uns erteilten Auskünften ist Herr Schleicher in keinen Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Der Betriebsleiter erhält seit dem 1. Juli 2012 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von EUR 400,00.

Die Mitglieder der Betriebskommission erhielten für ihre im Berichtsjahr durchgeführten Sitzungen eine Aufwandsentschädigung von insgesamt EUR 145,60.

2. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen der Einrichtung entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die Betriebssatzung des Eigenbetriebes regelt die Zuständigkeiten der Organe. Weitere Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Arbeitshilfen liegen nicht vor und sind aufgrund der Größe des Eigenbetriebes nicht erforderlich.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach den unter a) aufgeführten Grundsätzen verfahren wird?**

Es ergeben sich keine Anhaltspunkte für Handhabungen, die den oben aufgeführten Grundsätzen widersprechen.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Da es sich bei dem Eigenbetrieb Breitband Eichenzell um einen vollständig im Eigentum der Gemeinde Eichenzell befindlichen Eigenbetrieb handelt, gelten die Vorgaben des Vergaberechts und diejenigen der Satzungen der Gemeinde Eichenzell (z. B. Hauptsatzung). Der Betriebsleiter führt den Betrieb im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Gemeinde Eichenzell aus und untersteht als Verwaltungsbeamter dem Korruptionserlass des Landes Hessen. Weiterhin gelten die allgemeinen Vergabegrenzen und die sonstigen einschlägigen Vorschriften hierzu. Darüber hinaus wird das Kassenwesen über die Gemeindegasse abgewickelt, sodass grundsätzlich eine zusätzliche Kontrollinstanz besteht. Alle Kostenanweisungen werden sowohl vom Betriebsleiter als auch vom Bürgermeister abgezeichnet. Das Rechnungswesen des Eigenbetriebes wird regelmäßig durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Fulda kontrolliert.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Gesonderte Richtlinien und Arbeitsanweisungen für die Kommunalbetriebe existieren derzeit nicht. Anhaltspunkte dafür, dass Auftragsvergaben nicht nach den gesetzlichen Vorgaberegeln erfolgen, haben sich nicht ergeben. Wir verweisen auch auf unsere Ausführungen im Unterabschnitt c.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die wesentlichen Verträge sind nach unserer Auffassung übersichtlich archiviert.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Für den Eigenbetrieb wird grundsätzlich ein vollständiger Wirtschaftsplan (Erfolgsplan, Vermögensplan, Finanzplan und Stellenübersicht) erstellt, erstmalig für das Geschäftsjahr 2012. Die Betriebskommission hat dem Wirtschaftsplan 2023 in ihrer Sitzung vom 24. Oktober 2022 zugestimmt. Der Wirtschaftsplan wurde am 15. März 2023 durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Fulda genehmigt. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

In Verbindung mit der kaufmännischen Buchführung werden Planabweichungen festgestellt. Planabweichungen werden u. a. im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplanes analysiert, sodass kurzfristig reagiert werden kann. Alle erheblichen Planabweichungen werden in der Betriebskommission diskutiert und zur Beschlussfassung gestellt.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen der Unternehmen?**

Das Rechnungswesen und die Kostenrechnung, welche mit Hilfe der Software „INFOMA“ der Firma eKom21 geführt werden, entsprechen der Größe und den Anforderungen des Eigenbetriebes. Über die genannte Software wird auch die gemeindliche Haushaltsführung abgewickelt.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Ein Finanzmanagement, das eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet, liegt vor. Im Rahmen des Wirtschaftsplanes wird vorgeplant und im Rahmen der Zwischenabschlüsse kontrolliert. Zur Verbesserung der Kreditkonditionen werden Umschuldungen vorgenommen. Weiterhin wird der Eigenbetrieb durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Fulda stetig kontrolliert. Auch die Kommunalaufsicht des Landkreises Fulda wird über die Tätigkeiten entsprechend in Kenntnis gesetzt.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Für die Bewirtschaftung der Kassenmittel gelten die gemeinderechtlichen Vorschriften entsprechend. Nach unseren Feststellungen werden alle Regelungen, die das Kassenwesen betreffen, eingehalten.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Pachtentgelte werden regelmäßig (monatlich) in Rechnung gestellt. Da keine wesentlichen überfälligen Forderungen bestehen und der Abrechnungsprozess überschaubar ist, hat der Eigenbetrieb kein eigenes Mahnwesen installiert.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Ein eigenständiges Controlling gibt es nicht. Dies ist wegen der Größe des Betriebes auch nicht erforderlich. Als Überwachungssystem dient auch hier grundsätzlich die Aufstellung von Wirtschaftsplänen. Vor Abschluss des Pachtvertrages wurden Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Hinblick auf die Durchführung des Glasfaserprojektes durchgeführt. Gleiches gilt für den Ausbau des Netzes.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Entfällt

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem
--

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Ein Risikofrüherkennungssystem im formalen Sinne ist nicht installiert. Dies ist aufgrund der Struktur und der Größe des Eigenbetriebes derzeit auch nicht notwendig.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

siehe Frage 4a)

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

siehe Frage 4a)

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

siehe Frage 4a)

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate
--

- a) **Hat die Leitung der Einrichtung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**
- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
 - **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
 - **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
 - **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Entfällt

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Entfällt

- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf**
- **Erfassung der Geschäfte**
 - **Beurteilung der Geschäfte zum Zwecke der Risikoanalyse**
 - **Bewertung der Geschäfte zum Zwecke der Rechnungslegung**
 - **Kontrolle der Geschäfte?**

Entfällt

- d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Entfällt

- e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Entfällt

- f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Entfällt

Fragenkreis 6: Interne Revision
--

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Eine Interne Revision existiert nicht. Hinsichtlich der Kontrollmöglichkeiten durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Fulda sowie durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Fulda verweisen wir auf unsere Antworten im Fragenkreis 3.

- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Entfällt

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen schriftliche Revisionsberichte vor?**

Entfällt

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt

- e) **Hat die Interne Revision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt

3. **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit**

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Anhaltspunkte dafür, dass vorherige Zustimmungen nicht eingeholt wurden, haben sich nicht ergeben.

- b) **Wurde vor Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Es wurden keine Kredite an die Betriebsleitung oder Mitglieder des Überwachungsorgans gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass an Stelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Es haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Es haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität, Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken überprüft. Als Voraussetzung für den Ausbau des Breitbandnetzes wurden je Ausbaucorridor eine Mindestanschlussquote in Höhe von 60 % der Haushalte festgelegt. Auf diese Weise soll das finanzielle Risiko für den Eigenbetrieb minimiert werden.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Anhaltspunkte dafür, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, haben sich nicht ergeben.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Bauvorhaben werden durch die Betriebsleitung sowie durch ein externes Ingenieurbüro betreut, welches auch für die Bauleitung verantwortlich ist. Die Betriebsleitung sowie die beratenden Ingenieure nehmen u. a. an regelmäßig stattfindenden Besprechungen teil, wodurch eine kontinuierliche Überwachung der Investitionen gewährleistet ist.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Nach unseren Feststellungen haben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Überschreitungen bei Investitionen ergeben.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Anhaltspunkte dafür, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinie abgeschlossen wurden, haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Regelungen für Auftragsvergabe (Beschaffungen incl. Kreditaufnahmen)
--

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberichtlinien (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Derartige Anhaltspunkte liegen nicht vor.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Vergleichsangebote zur Geldanlage und Kreditaufnahme werden regelmäßig eingeholt. Ansonsten werden bei Bedarf Vergleichsangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Die Betriebskommission ist in 2023 zu einer Sitzung zusammengekommen. Dem Überwachungsorgan wird hierin regelmäßig Bericht erstattet.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Ja, die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird durch die Unterlagen anhand derer die Berichterstattung erfolgte, zutreffend dargestellt.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Vgl. Antwort a) und b). Risikobereiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen lagen nach unseren Feststellungen nicht vor.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet?**

Eine Berichterstattung an die Betriebskommission gemäß § 90 Abs. 3 AktG wurde im Berichtsjahr nicht verlangt.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Wir haben keine Anhaltspunkte für eine nicht ausreichende Berichterstattung festgestellt.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung wurde nicht abgeschlossen.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr nicht auf.

4. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Langfristige Verpflichtungen, Haftungsverhältnisse und Bewertungen

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht nach unseren Feststellungen nicht.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Es gab zum Bilanzstichtag keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das langfristige Vermögen in Höhe von TEUR 10.384 ist in Höhe von TEUR 8.982 langfristig fremdfinanziert (Quote: 86,5 %). Darüber hinaus stehen TEUR 625 Eigenkapital bzw. eigenkapitalähnliche Mittel langfristig zur Verfügung.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahme wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Ein Konzern liegt nicht vor.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Im Berichtsjahr hat der Eigenbetrieb keine Fördermittel erhalten. Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Darlehen in Höhe von TEUR 2.684 vereinbart. Davon wurden im Geschäftsjahr 2023 TEUR 770 ausgezahlt. Der verbleibende Betrag wird für Umschuldungen von Darlehen im Jahr 2024 zur Auszahlung kommen. Des Weiteren wurde erneut ein Darlehen in Höhe von TEUR 165 von der Gemeinde Eichenzell gewährt. Darüber hinaus kam ein weiteres Darlehen in Höhe von TEUR 280 für Investitionen zur Auszahlung. Insgesamt sind dem Eigenbetrieb damit aus neuen Bankdarlehen TEUR 1.050 zugeflossen, denen Sondertilgungen in Höhe von TEUR 809 im Berichtsjahr gegenüberstehen. Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Der Eigenbetrieb verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung ergaben sich im Berichtsjahr hieraus nicht. Zur Deckung von Liquidationsspitzen hat die Gemeinde Eichenzell Fremdkapital gewährt. Die Kreditwürdigkeit ist durch die Gemeinde Eichenzell sichergestellt.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage der Einrichtung vereinbar?**

Der Jahresgewinn soll in die Rücklagen eingestellt werden.

5. Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit
--

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Bereichen zusammen?**

Entfällt

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Nein

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich aus Kredit- oder anderen Leistungsbeziehungen mit Gesellschaftern nicht ergeben.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Eine Konzessionsabgabe ist von dem Eigenbetrieb nicht zu entrichten.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Im Geschäftsjahr wurden keine verlustbringenden Geschäfte festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Nein, da ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Es wurde ein Jahresüberschuss erwirtschaftet.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Siehe Frage 16a).

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagensatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagensatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbelegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.